

Das Bismarck-Reich 1871-1890

Daß das Deutsche Reich ausgerechnet am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles mit der Krönung des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser gegründet wurde, sollte zu denken geben: Der Festakt fand weder in der Hauptstadt des Deutschen Reiches statt, noch vor der formellen Beendigung des »Deutsch-Französischen Krieges« - dafür aber an einem preußischen Gedenktag! Genau 170 Jahre vorher war Friedrich III. zum König in Preußen gekrönt worden. Die Kaiserkrönung in Versailles, waffenstarrtes Schauspiel vor hohen Militärs, inmitten des deutschen Heerlagers vor Paris, hatte damit mehrfachen Symbolgehalt.

Demokratisch gewählte Repräsentanten des Staatsvolkes, Republikaner und national gesonnene Männer, die seit mehr als fünfzig Jahren den Traum von der deutschen Einheit geträumt hatten, waren nicht zu gegen. Der Adel blieb unter sich. Im Deutschen Reich läuteten die Glocken, die Zeitungen priesen in freudiger Erregung die Wiederauf-erstehung von Kaiser und Reich - der schlafende Barbarossa (»Rotbart«) war als greiser Wilhelm I., als Barbablanca (»Weißbart«), aus dem Kyffhäuser wiedergekehrt. Die Zukunft schien golden, die Nation hatte große Zeiten vor sich. Wenig später klingelten die Kassen - denn französische Gelder flossen in die deutsche Wirtschaft: Fünf Millionen Goldmark hatte der große Verhandlungstaktiker Otto von Bismarck (1815, + 1898) in den Friedensverhandlungen der geschlagenen französischen Nation abgerungen, die vertreten wurde durch den schwächlichen Außenminister Jules Favre.

Eine weitere Bereicherung brachte die >Zurückeroberung< oder richtiger: Annexion des nun als »Reichsland« diktatorial vom Deutschen Reich verwalteten Elsaß-Lothringen, besonders wegen der Kohleindustrie in Lothringen ein wirtschaftlicher Gewinn par excellence! Trotz-dem war es manchen Zeitgenossen nicht ganz wohl angesichts der offiziellen Feste, Reden und Feiern. Was da als junger deutscher Nationalstaat aus der Taufe gehoben wurde, dem hafteten Mängel an, die bis zu seinem Ende 1918 und darüber hinaus grundlegend für Fehlentwicklungen der deutschen Innenpolitik sein sollten.

Landwirtschaft, Industrie und Verfassung -

Magisches Dreieck 1871 und danach

Nicht nur drei Kriege waren dieser Reichsgründung vorausgegangen, von denen einige Historiker, wie z. B. Hans-Ulrich Wehler, annehmen, sie hätten unmittelbar auf die Gründung eines kleindeutschen Reiches unter preußischer Hegemonie abgezielt. Die Reichsgründung fand noch dazu in einer Zeit statt, in der die deutsche *Agrarrevolution* zu einem Abschluß gekommen war, gleichzeitig aber mit Macht die Industrielle Revolution durchbrach. Diese Konstellation sollte die Entwicklung der kommenden Jahre nachdrücklich beeinflussen, griff doch in eine weitgehend traditionale, von vorindustriellen Eliten beherrschte Gesellschaft nun mit ungekanntem Tempo eine fortgeschrittene Technologie ein, die eine zahlenmäßig starke Industriearbeiterschaft und damit einen möglichen sozialen Störfaktor entstehen ließ: 1871 machte die Arbeiterklasse etwa ein Fünftel, 1882 ein Viertel und 1907 ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, die zwischen 1871 und 1914 von 41 auf über 65 Millionen anwuchs. Eines der zentralen Motive in der Innenpolitik des deutschen Reiches war deshalb in den kommenden Jahren stets die Auseinandersetzung zwischen überkommenen Führungsschichten und den neuen Kräften der Bevölkerung. Im Mittelpunkt unseres Interesses steht

da-her die Art und Weise, in der die adeligen Führungsschichten auf die stürmischen gesellschaftlichen Entwicklungen reagierten, wie sie die Reichsregierung beeinflussten, ihren wechselnden wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interessen Rechnung zu tragen.

Alle Entwicklungen spielten sich seit dem 4. Mai 1871 auf der Basis der deutschen Reichs-verfassung ab, die der des „Norddeutschen Bun-des“ stark ähnelte. Einer föderalistischen Einrichtung wie dem »Bundesrat« (in ihm waren die verbündeten zweiundzwanzig souve-ränen Fürstenstaaten und die drei Freien Hansestädte Deutsch-lands durch ernannte Be-vollmächtigte vertreten, der Kaiser bildete das Präsidium; stand der »das ganze deutsche Volk« reprä-sentierende, gewählte deutsche »Reichstag« als stark unitarisches Ele-ment gegenüber. Die eigentliche Souveränität aber und ein Großteil der Reichslegislative übte der Bundesrat aus. In ihm hatte stets der Reichskanzler stellvertretend den Vorsitz für den Kaiser. Dieser verei-nigte in seiner Person die militärische und politische Führung und galt im allgemeinen Bewußtsein zunehmend als eigentlicher Souverän. Ob-gleich er im heutigen parlamentarischen Sinn keinerlei echte Verant-wortlichkeit besaß, also auch nicht zur Re-chenschaft gezogen werden konnte für politische Maßnahmen, besaß er damit doch eine unver-gleichliche Schlüsselposition. Denn er war zugleich Außenminister und Ministerpräsi-dent des größten deutschen Bundesstaates. Preußen hatte fast zwei Drittel der Fläche, drei Fünftel der Bevölkerung des Deutschen Reiches, außerdem lagen die wichtigsten Roh-stoffgebiete und Industrien in seinem Territorium und zwei Drittel des Reichshee-res waren preußische Truppen.

Der »Reichstag«, aus 400 Abgeordneten bestehend und aus allgemei-nen, direkten und geheimen Wahlen nur für Männer hervorgegangen, stand den drei Machtfaktoren Bundes-rat, Kaiser und Reichskanzler gegenüber und hatte trotz seiner demokratischen Legitima-tion nur äu-ßerst eingeschränkte Befugnisse: nämlich die Beteiligung an Gesetzestexten und Budgetfragen. Kaiser und Bundesrat durften ihn unter be-stimmten Bedingungen auflö-sen; an der Außenpolitik hatte er keiner-lei Anteil. Bei seiner Installierung hatte Bismarck das Wahlrecht aus politischem Kalkül durchgesetzt: demokratisch-parlamentarischen Wünschen der Liberalen und Demokraten sollte Rechnung getragen werden, wobei Bis-marck allerdings von Anfang an davon ausging, daß konservative Wählerstimmen die Zu-sammensetzung des Reichstags in seinem Sinn beeinflussten. Er wollte damit, wie er sagte, »den Parla-mentarismus durch den Parlamentarismus« stürzen. Jedoch: Der Wählerwillen entschied nicht immer so, wie der Kanzler wollte.

Eine Bundesregierung oder Reichsregierung gab es nicht, Parteien wa-ren in der Verfas-sung nicht vorgesehen. Nur unzutreffend könne man diese »Mischform von preußischer Hegemonie und föderativem Reichsbund, von alter Obrigkeit und modernem Wahlrecht als >konsti-tutionelle Monarchie«< bezeichnen, resümiert der Historiker Hans-Ul-rich Wehler, der deshalb lieber von einem »Scheinkonstitutionalis-mus« spricht, in dem die Grundprinzipien des Absolutismus noch ungebrochen weiterleben konnten.

Auch die Reichseinheit blieb - wenigstens teilweise - schwach, denn Bayern und Württem-berg hatten für sich Reservatrechte aushandeln können: beide behielten das Sonderrecht eigener Post- und Eisen-bahnverwaltungen und in Friedenszeiten sogar eigener Militärho-heit.

Kaiser; Kanzler und Liberale:

Euphorischer Beginn im Zeichen großer Harmonie

Es gab also von Anbeginn dieses >neuen< Deutschen Reiches gravie-rende Mängel, auch wenn nicht

alle Zeitgenossen diese so deutlich sa-hen wie ein deutscher Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler im englischen Exil. Ihm erschien das Reich »als ein mit parlamentari-schen Formen verbrämter, mit feudalem Besatz vermischter und zu-gleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militär-despotismus« - so Karl Marx in London.

Die liberalen Reichstagsfraktionen besaßen zwischen 1871 und 1877 zusammen die ab-solute Mehrheit. Sie waren zunächst zufrieden: nationale Einheit, Wahlrecht und zur Be-friedigung ihrer Wirtschaftsinteressen ein zusammenhängender Staat, in dem Handel und Industrie sich ungehemmt entfalten konnten, waren gesichert. Bismarck konnte, anknüp-fend an das alte Zweckbündnis von 1867, wei-terhin pragmatisch Politik mit ihnen betreiben. In rascher Folge wur-den wichtige Gesetze verabschiedet, die den ehemals zersplitterten Staatskörper auch in Detailfragen zusammenfügten, unitarisierten: zu nennen sind Gesetze für Münz- und Währungseinheit, Rechts- und Ju-stizeinheit und nicht zuletzt für vollständige Wirtschaftseinheit. Trotz-dem entfaltete sich die Industrie weiterhin nur schwerpunktmäßig: do-minant war sie im Ruhrgebiet, im Saarrevier, in Oberschlesien und Sachsen. Ringsum blieben traditionelle agrarische Verhältnisse noch ziemlich lang erhalten. Dieser ungleich-mäßige Wachstumsprozeß wurde für die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland be-deutsam. Die Jahre nach 1867 standen u. a. durch die liberale Wirtschaftsgesetz-gebung, die sich vor allem im Aktienrecht niederschlug, insgesamt im Zeichen einer Hochkonjunk-tur. Sie mündete nach 1871 in einen jähen, überschäumenden Wirtschaftsboom. Der Op-timismus dieser »Grün-derjahre« wurde erst gedämpft durch den überraschenden »Grün-derkrach« 1873, bei dem viele der wilden Spekulationsgeschäfte mit Ver-lust ende-ten, zahllose Unternehmen zusammenbrachen.

Schon vor diesen Erschütterungen hatte es andere gegeben - anderer Natur allerdings und mit klar benennbaren Verursachern und Opfern.

Erste »Reichsfeindkampagne« oder: Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche im »Kulturkampf«

Die katholische Kirche festigte sich gerade in dieser Zeit der National-staatsgründungen in Deutschland und Italien dogmatisch und hierar-chisch. Zum Konflikt zwischen Kirche und Staat kam es, als 1870 Papst Pius IX. (1846-1878) die wirtschaftlichen, kulturellen und politi-schen Grundsätze der liberalen Staatsgründer frontal angriff. Er ver-kündete das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit gerade in einer Epoche, die ganz im Banne libe-ralistischer, antikirchlicher und glau-benskritischer Grundanschauungen stand. Die Fronten zwischen Reli-gion und Rationalismus mußten sich verhärten.

In Preußen spielte sich die folgende Auseinandersetzung in zwei La-gern ab: Auf der einen Seite stand das föderalistische, großdeutsch ori-entiertere katholische »Zentrum«, das zum Papst hielt; auf der anderen Seite das protestantische Bildungs- und Besitzbürger-tum, parteipolitisch vertreten von der »Fortschrittspartei«, der »Na-tionalliberalen Partei« (NLP) und den gemäßigten Konservativen. Sie alle forderten eine strenge Trennung von Kirche und Staat zugunsten stärkerer staatlicher Befugnisse vor allem auf dem Sektor Unterricht und Kultur. Das »Zentrum« war staatlichen Zentralisierungsmaßnahmen abhold und geriet deshalb mit den liberalen Reichstagsfraktionen und Kanzler Bismarck aneinander.

Dieser brachte rasch den Vorwurf in Umlauf, das »Zentrum« sei nichts anderes als eine

parteiliche Allianz aller Staatsfeinde, Gegner des neuen protestantischen Kaisertums. Diese Verteufelung der Zentrumsanhänger zu Reichsfeinden bekam durch die mehr von den modernen Naturwissenschaften geprägte und damit antireligiöse Haltung der Liberalen indirekt Schützenhilfe. Erregung in allen religiösen Lagern, von Bismarck geschickt ausgenutzt, zumal ihm die katholischen Polen in den preußischen Ostgebieten mit ihrem Streben nach Selbständigkeit längst ein Dorn im Auge waren: Leicht konnte man das »Zentrum« als »international«, d.h. antinational abstempeln, da es ja auch die meist katholischen nationalen Minderheiten politisch vertrat: Elsässer, Lothringer, Polen und die 1866 annektierten Welfen, d.h. die Hannoveraner.

Mit mehreren Gesetzesvorschriften gegen die katholische Kirche brach nun der sogenannte »Kulturkampf« vehement los: 1871 wurde die katholische Abteilung des preußischen Kultusministeriums aufgelöst, 1872 übernahm der Staat die Aufsicht über alle Schulen, 1871 verbot der Kanzelparagraph den Geistlichen, staatliche Angelegenheiten zu behandeln, 1872 Verbot der Jesuiten. Ab 1873 wurde in Preußen die staatliche Aufsicht über die Kirche ausgedehnt, z.B. bei der Ausbildung der Geistlichen. Papst Pius IX. bestärkte seine Bischöfe darin, diese Gesetze nicht zu befolgen. Die preußische Regierung verhängte daraufhin Geld- und Gefängnisstrafen, hob Klöster auf und führte die obligatorische Zivilehe ein. Erst ab 1878, nachdem der Zentrumsparthei aus der Erbitterung der katholischen Bevölkerung große Stimmenanteile zugewachsen waren, leitete Bismarck einen versöhnlichen Kurs ein, ohne allerdings wichtige staatliche Errungenschaften wie die Zivilehe aufzugeben.

Bei diesem Teilsieg schlug sich noch ein letztes Mal Bismarcks halbherzige Verbindung mit den liberalen und gemäßigt konservativen Fraktionen im Reichstag nieder. Aber 1878 war die Ära dieses ungewissen liberal-konservativen Kompromisses vorüber. Es folgte eine radikale innenpolitische Wende, die ein neues, konservativ fundiertes Gleichgewicht herbeiführen sollte.

Die Uhren werden wieder nachgestellt:

Die große Wende 1878/79

Auf »Gründerboom« und »Gründerkrach« 1873 folgte eine lang anhaltende Wirtschaftsdepression, die rasch die Zusammenarbeit Bismarcks mit den Liberalen auf der Basis des »Gewährenlassens« beenden sollte. Denn im Zeichen der Krise war nun nicht mehr ein Staat gefragt, der dem »freien Spiel« der ökonomischen Kräfte ungehindert seinen Lauf ließ; der aktiv eingreifende, intervenierende Staat wurde nun gefordert, der mit Schutzzöllen ausländische Konkurrenz (vor allem billige Getreidelieferungen aus Rußland) fernhalten, mit Steuer-vorteilen und Subventionen Landwirtschaft und Industrie unter die Arme greifen sollte. Immer mehr Interessengruppen bildeten sich, die ihre Forderungen an den Staat artikulierten. Großindustrielle forderten vorteilhafte Eisenbahn- und Kanaltarife für Exportgüter und Einfuhrbegünstigungen für Waren, die man für den Export weiterverarbeiten konnte. Auf der Basis bisheriger Politik war dies nicht zu machen, zumal seit 1874 die NLP stärkste Fraktion war und kein Interesse an einem derartigen Interventionsstaat hatte. Ihre Wähler rekrutierten sich weitgehend aus mittlerem Besitz- und dem Bildungsbürgertum. Konsumgüterindustrie und chemische Industrie hielten in der Tradition des Wirtschaftsliberalismus nach wie vor am Freihandel fest.

Bei den Hochkonservativen (ostelbische Gutsherren und rheinische Schwerindustrielle) dagegen ließ die große Zahl der NLP-Abgeordneten im Reichstag wieder einmal das alte Trauma stärkerer Parlamentarisierung aufbrechen - man fürchtete das »rote Gespenst«, Bürgerliche und Arbeiter im

Reichstag! Die Rechte sprach von Revolution -obwohl die Linke diese gar nicht im Sinn hatte. Anlaß für wachsende Besorgnis war vor allem der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien in Gotha 1875, aber auch die verbale Solidarität des Sozialdemokraten August Bebel (* 1840, + 1913) mit den Revolutionären der Pariser »Commune« von 1871. Die innenpolitischen Lager waren gespalten wie nie, die Interessen gingen wie selten auseinander. In diesem Klima versuchte Bismarck 1878 ein Gesetz durchzubringen, das vordergründig die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« (SAP) verbot, aber so dehnbar formuliert war, daß auch der linke Flügel der Liberalen (die »Fortschrittspartei«) von Einschränkungen bedroht war. Dieser »Kautschukparagraph« wurde im Reichstag deshalb mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Hätte nicht kurz darauf ein politischer Wirrkopf einige Schüsse auf den greisen Kaiser Wilhelm I. (1871-1888) abgegeben, wäre diese Vorlage damit ein für allemal gescheitert gewesen. Jetzt aber, nach dem Attentat, konnte Bismarck den Reichstag auflösen. Die Neuwahlen standen unter dem Eindruck des Attentats und systematisch angeheizter Furcht vor den Sozialisten, obwohl diese nachweislich nichts mit dem Anschlag zu tun hatten. Bei den Wahlen machten die beiden konservativen Parteien (»Deutsch-Konservative Partei« und »Reichspartei«) Gewinne, NLP, »Fortschrittspartei« und SAP verloren Mandate. Mit den Stimmen der Konservativen, der NLP und einiger Unabhängiger wurde am 18. Oktober 1878 das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« angenommen, gegen die Stimmen von »Zentrum«, »Fortschrittspartei«, SAP und der Polen. Damit war die viertstärkste Partei im Reichstag landesweit verboten.

Zwar hatte sich in der Abstimmung die NLP gespalten, doch mit ihrem verbleibenden staatstreuen Rest konnten nun vor allem die anstehenden wirtschaftlichen Fragen im Sinne der Hochkonservativen mit Schutzzollpolitik, Finanzreform und einem »Solidarprotektionismus« zwischen den Produzenten von Roggen und Eisen gelöst werden. Das Ende liberaler Wirtschaftspolitik war besiegelt, ein rechtsstaatliches Prinzip preisgegeben und das legale Weiterbestehen der SAP unmöglich. Ihre Vereine wurden verboten, ihre Zeitungen und Zeitschriften beschlagnahmt, ihre politisch profiliertesten Vertreter ins Exil gezwungen. Die SAP ging in den Untergrund. Es herrschte Ausnahmezustand, Spitzeln waren Tür und Tor geöffnet, polizeiliche Willkürakte gesetzlich erlaubt.

Aber man durfte die SAP noch wählen - angesichts jeglichen Versammlungs- und Propagandaverbots fast ein Zynismus: Und die Arbeiterpartei schaffte es in den zwölf langen Jahren, in denen sie verboten war, ihr Wählerreservoir stark zu vergrößern. Der wachsende Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtgesellschaft war maßgeblich, dazu kam der lange Atem so integrierter Persönlichkeiten wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Begründer und Abgeordneter der SAP.

Zerschlagen wurden durch das Sozialistengesetz auch die freien Gewerkschaften, die 1877 immerhin 50000 Mitglieder in 1266 Orten hatten. Wie die SAP überlebte, überlebten auch die Gewerkschaften das Sozialistengesetz; trotz Streikverbot des Innenministers Robert von Puttkammer 1886 nahmen sie unaufhaltsam an Mitgliedern zu.

Das innenpolitische Klima nach der Wende

Schlag auf Schlag wurde nun im Geiste jener Allianz von »Roggen und Eisen«, die sich feinsinnig als »Kartell der schaffenden Stände« bezeichnete, außer der Wirtschaft auch das gesamte öffentliche Leben umorganisiert. Staatlicher Druck, aber auch persönliche Neigung und Schwäche ließen die

verantwortlichen Journalisten, Künstler und Schriftsteller mitmachen: Presse und Kultur gerieten in den Bann des neuen Windes, der nun wehte - allerdings kannte man ihn ja schon aus früheren Tagen der »Reaktion und Restauration«. Kon-servative Gesellschaftspolitik fand vor allem in Preußen Rückhalt, wo ja noch immer Zensuswahlrecht bestand. Nach dortigem Muster wur-den nun auch im Reich liberale Mini-sterien umbesetzt, konservative Wirtschaftsführer zur Staatslenkung zugezogen. Beson-ders entschei-dend war die Beamtenpolitik des Kultus- und späteren Innenministers Robert Victor von Puttkammer (*1828, +1900): Er privilegierte den Adel noch stärker als bisher und erfüllte rigoros Bismarcks Forderung, die dahin ging, »Beamte, welche für regierungs-feindliche, revolutio-näre Bestrebungen parteinehmen [...] durch zur Dispositionsstellung ihrer Ämter zu entheben«. Viele liberale Juristen fanden sich schnell zur Disposition ge-stellt. Bei Einstellungen wurde Adeligen, Reserveoffizieren und Korpsstudenten der Vorzug gegeben. Die Bürokratie in Preußen und im Reich wurde damit politisch einheitlicher als je zuvor, obwohl man stets von der politischen Neutralität der Beamten sprach.

Noch stärker gelang es dem Militär, auch außerhalb der Exerzier-plätze den Ton anzuge-ben. Denn die nach drei siegreich geschlagenen Schlachten sowieso schon hoch verehrte Armee erhielt durch staatli-che Bevorzugung noch höhere Weihen. Daß dies auch eine Be-vorzu-gung des Adels war, zeigen die Zahlen: 1885 waren 65 Prozent aller preußischen Offiziere Adelige. Die Armee wurde zur »Schule der Na-tion«.

Kriegervereine, paramilitärische Jugendverbände, die Schulen waren die großen Foren, in denen die vaterländischen und militärischen Grundanschauungen dieser »Schule der Na-tion« unter das Volk ge-bracht wurden: Fleiß, Ordnung, Gehorsam, Drill und preußischer Eh-renkodex. Und: Antisemitismus, Antisozialismus, Antiliberalismus, Demokratiefeind-schaft. Eine tüchtige Armee, so meinte Kriegsmini-ster von Roon, sei der »einzig denkbare Schutz gegen das rote und das schwarze Gespenst«. Deshalb wurde das Heer in zuneh-mendem Maße der Verfügungsgewalt des Reichstags entzogen, der ja nur über die Heere-sausgaben mitbestimmen durfte.

Die politische und soziale Geschlossenheit der Armeespitze und der Staatsführung er-leichterte es, das Volk zu lenken und auch die kriti-schen, der SAP nahestehenden Kräfte unter den Soldaten in Schach zu halten, was wiederum nur den Grundkonflikt widerspie-gelt, der die ge-samte Gesellschaft des Deutschen Kaiserreichs bis 1918 bestimmte:

den Riß zwischen Adel und Großbürgertum einerseits und der Masse des Volkes anderer-seits. Eine »Vermittlung« zwischen den feindlichen Lagern durch den Liberalismus, getra-gen vom mittleren Besitz- und Bildungsbürgertum, fand nicht statt.

**»Ich kann kein Volk mir denken,
das zerrissner wäre, wie die Deutschen« (Hölderlin)**

Die große innenpolitische Wende vollzog sich vor allem zu Lasten der Arbeiter und Hand-werker, teilweise zu Lasten des fortschrittlichen Bürgertums. Denn dessen parteipolitische Vertretung, die NLP, zer-rieb sich in den zwölf Jahre dauernden Diskussionen um die Ver-länge-rung des »Sozialistengesetzes«. Kleine Fraktionen (»Fortschrittspar-tei« und »Sezes-sion-Partei«) bekämpften es vehement, die Mehrzahl der nationalliberalen Abgeord-neten folgte letztendlich der Reichsre-gierung und schwenkte nach und nach auf de-ren auto-ritären Kurs ein. Der Liberalismus in Deutschland hatte endgültig verspielt.

Mit der Ausschaltung der Liberalen allein war noch keine endgültige Disziplinierung erreicht, denn es mußten noch andere als die rein wirtschaftlichen Fragen gelöst werden. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches setzte sich aus sehr unterschiedlichen Volksteilen zusammen:

2,4 Millionen waren Polen (das waren 10 Prozent der preußischen Bevölkerung!), 80000 Dänen, 60000 Litauer, 1,5 Millionen Elsässer und Lothringer. Ihre Reichstagsabgeordneten brachten keine Mehrheiten zusammen, weshalb die Interessen der nationalen Minderheiten unberücksichtigt blieben. So versuchte die Reichsregierung z. B. per Gesetzesvorschrift, Deutsch als alleinige Unterrichtssprache durchzusetzen. Daß mit einer derartig unsensiblen Germanisierungspolitik keine positiven Gefühle zu Kaiser und Reich erzwungen werden konnten, ist verständlich. Diese Politik paßte widerspruchlos zu herrschenden Vorurteilen, die in den »Pollaken« nur Menschen zweiter Klasse, billige Saisonarbeiter zu sehen vermochte.

Auch in den größtenteils Französisch sprechenden und lange Jahre unter französischem Kultureinfluß lebenden Bewohnern des »Reichslands« Elsaß-Lothringen sah man in der Praxis keine gleichberechtigten Landsleute: In der Nationalliberalen Zeitung, einem Blatt, das als Bismarcks Sprachrohr galt, wurden sie als »widerspenstige, verwelschte Elemente« bezeichnet, die notwendig der »Umerziehung« bedürften. Daneben klingt die Versicherung, man wolle sie wie »Brüder« behandeln, nach blankem Hohn. Eine Liste mit ähnlichen Beispielen wäre lang, doch bereits diese Zitate belegen eine nationale Hybris ohne Gleichen, die damals in weiten Kreisen gang und gäbe wurde und schon sechzig Jahre später in Erziehungs- und »Konzentrations«lagern ihre schreckliche Verwirklichung fand. Regelrechte staatliche »Kampagnen« flankierten diese nationalen Überheblichkeitsgefühle: Mehrfach titulierte Repräsentanten des Staates einzelne Bevölkerungsgruppen als Reichsfeinde: Welfen, Katholiken, Juden, nicht zuletzt alle »Roten«, also Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale, Fortschrittliche, Demokraten, Republikaner...

Peitsche und Zuckerbrot

Verteufelung und Sozialversicherung

Die sogenannten staaterhaltenden Gruppen im Deutschen Reich brachten nur zu schnell die angeblich »staatsfeindliche Minderheit« (die zusammengezählt mindestens die Hälfte der Gesamtgesellschaft ausmachte!) in den Ruch der Reichsfeindschaft. Die Propagierung dieser Ideologie konnte dazu beitragen, das eigene Lager fester zusammenzuschmieden, indem man zugleich ein negatives Gegenbild zur Erhöhung des eigenen gesellschaftlichen und nationalen Selbstgefühls schuf. Zum anderen bestand die Hoffnung, durch Abqualifizieren des anderen »Lagers« dieses um Anhänger oder Wähler zu bringen. Das war zumindest im letzten Punkt ein Irrtum: Trotz des »Sozialistengesetzes« hielt die SAP ihre Mitgliederzahlen, ja sie gewann sogar neue Wähler: 1887 763000, 1890 bereits 1,4 Millionen!

Dieses gute Ergebnis wäre ohne den Elan allerer nicht zustande gekommen, die in Arbeitersport- und Arbeitergesangsvereinen weitergearbeitet und in der »Roten Feldpost« heimlich die im Schweizer Exil gedruckten sozialistischen Schriften im Reich verteilt hatten. Der »Vorwärts«, illegal auf dünnem Papier gedruckt, kam meist in Kinderwagen versteckt über den Bodensee.

Nach 1879 halfen auch erhöhte Tabaksteuer und Schutzzölle, die die Lebenshaltungskosten der Normalverbraucher in die Höhe trieben, den Anhang der Sozialisten zu vergrößern.

Aber diese politischen Vorgänge waren nur Teil eines allgemeinen Prozesses: Deutschland begann sich zu einer hochtechnisierten Industrialisierung zu entwickeln. Die Zahl der Arbeiter nahm viel schneller zu, als man die zutiefst inhumanen Arbeitsbedingungen verbessern konnte oder wollte. Die Kehrseite der rapiden Industrialisierung waren miserable Verhältnisse in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Ausbildung der Arbeiter. Das Kleinbürgertum entwickelte Berührungängste gegenüber der neuen Arbeiterklasse, die besonders in den städtischen Ballungszentren in extrem schlechten, oft slumähnlichen Verhältnissen lebte. Wer nur tüchtig und ehrgeizig sei, meinte man unter dem Einfluß liberalistischer Wirtschaftsdoktrin, könne sich ohne staatliche Hilfe aus diesen Lebensbedingungen befreien. Ein Irrtum. Und seit 1878 waren auch die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter verboten, soweit sie unter dem Verdacht standen, sozialistisch orientiert zu sein. Und dies konnte schnell geschehen.

Da der Riß quer durch die Gesellschaft zu immer größeren Spannungen führte, andererseits Verbote allein keine Ruhe schaffen konnten, galt es auf andere Weise Abhilfe zu schaffen: Die Verhältnisse sollten möglichst ohne Aufwand verbessert und die Arbeiterklasse sollte dadurch mit dem bestehenden Staat versöhnt werden. Man hoffte, auch damit dem »roten Gespenst« Einhalt zu gebieten. Linke Liberale plädierten dafür, den Arbeitern volles Koalitions- und Streikrecht zu geben, damit sie selbst ihre Interessen vertreten könnten - angesichts der weitesten Kreise beherrschenden Revolutionsfurcht ein völlig unrealistischer Plan. Das christliche »Zentrum« favorisierte christliche Nächstenliebe statt Staatshilfe. Daneben gab es eine Reihe von Plänen, was der Staat zur Lösung der sozialen Frage tun könne.

Bismarck befand keines dieser Programme als geeignet, da sein Hauptziel darin bestand, die Arbeiter aus dem Bannkreis der Sozialdemokratie zu brechen und fester an den Staat und dessen konservative Führung zu binden. Als Vorbild dienten ihm Methoden, mit denen der französische Kaiser Napoleon III. zeitweilig die Sympathie seiner Industriearbeiter gewonnen hatte: Um die deutschen Arbeiter für ihren Staat zu begeistern, sollten sie, ohne selbst Beiträge zu zahlen, gegen Arbeitsunfähigkeit *versichert* werden. Die Kosten würden nach des Kanzlers Plan Reich und Unternehmer gemeinsam tragen. Letztere sträubten sich heftig, dem Reich fehlte es an den Geldmitteln. Was dann verwirklicht wurde, ist ein Produkt dieser Konstellation: 1883 wurde eine Krankenversicherung eingeführt, deren Kosten Arbeiter und Unternehmer teilten; 1884 folgte eine Unfall-, 1889 eine Alters- und Invaliditätsversicherung. Keine Sozialreform also, kein Arbeiterschutz, keine Humanisierung der Arbeitswelt, keine Abschaffung der Frauen- oder Kinderarbeit, kein garantierter Mindestlohn, sondern eine Art *Staatsrente*, welche die »Anhänglichkeit« der Arbeiter »an die Regierung« sichern würde, wie Kanzler Bismarck dem Reichstag erklärte. Zugleich sollte die Arbeitsfähigkeit erhalten werden.

Das also waren die zwei Seiten der Vorbeugemaßnahmen gegen Emanzipationskämpfe: »Sozialistengesetz« und »Sozialpolitik« zur Sicherung von Loyalität, damit »in der großen Masse der Besitzlosen die konservative Gesinnung erzeugt werde, welche das Gefühl der Pensionsberechtigung mit sich bringt«. So der Kanzler zur wohlverdienten Verabreichung von Zuckerbrot und Peitsche. Der Staat als »fürstliche Versicherungsanstalt gegen Demokratie«, wie einer seiner vehementesten Gegner es nannte.

Dabei traf die Peitsche alle, das Zuckerbrot aber kam nur manchem, und dann nur sehr dürftig zugute: Leistungen der Rentenversicherung waren äußerst gering, die Versicherten mußten ganze zwei Drittel der Krankenversicherungsbeiträge selbst bezahlen. Zwischen 1889 und 1900 wurden ca. 598000 Renten von durchschnittlich 155 Mark pro Jahr ausgezahlt. Davon konnte kein Rentner jemals sorglos, geschweige denn angenehm leben. Erst 1900 wurde die Unfall-, 1903 die Krankenversicherung erweitert, ab 1899 wurden die Invalidenrenten nach reichseinheitlichen Sätzen

ausgeschüttet und humanisierende Maßnahmen kamen hinzu: 1891 Sonntagsarbeitsverbot und Begrenzung der Frauenarbeit auf täglich elf Stunden, Lohnschutz, 1903/1905 Kinderarbeitsschutz, 1911 Angestelltenversicherung.

War die deutsche Sozialpolitik für damalige Verhältnisse progressiv, so war sie doch nach Intention und Qualität das, was Wehler pointiert eine »Strategie der Konfliktvermeidung« der Reichsleitung nennt.

Neue »nationale«Aufgaben in Afrika:

Kolonialpolitik als Spielart der Prestigepolitik

Deutschland könne aufgrund seiner Mittellage keine Weltpolitik machen - so jedenfalls ließ der Kanzler vernehmen, es sei denn nach einer aktiven Kolonialpolitik. Und doch hatte Bismarck es 1884 verstanden, die Gunst der außenpolitischen Konstellation auch für deutsche Weltpolitik zu nutzen: Englands Spannungen mit Rußland und Frankreich hielten die Kolonialmacht Nummer eins in Atem; der Kanzler konnte deshalb dem Drängen der Kolonialfreunde, seit 1882 im »Deutschen Kolonialverein« organisiert, nachgeben und den privaten Initiativen von Forschern und Kaufleuten staatliche Rückendeckung geben. Ein zweites Konjunkturtief im gleichen Jahr hatte den Ruf nach neuen Märkten laut werden lassen; bei Freihändlern und Schutzzöllnern, Industriellen und Landwirten galten sie in der Phase wirtschaftlicher Depression als letzte Rettung. So kam 1884 das im Vorjahr von dem Bremer Kaufmann Lüderitz (* 1834, †1886) erworbene »Deutsch-Südwestafrika« (Namibia) und später die von dem Kolonialpolitiker und Afrikaforscher Carl Peters (* 1856, †1918) erworbene Kolonie »Deutsch-Ostafrika« (Tanganjika) zum Deutschen Reich. Seiner Intention nach sollten diese Neuerwerbungen deutsche Handelsstützpunkte sein, nicht Siedlungsgebiete oder Erweiterung des deutschen Herrschaftsraums. Immerhin: der Kolonialbesitz übertraf das Mutterland schon bald um ein Fünffaches. Wirtschaftlich wenig ertragreich, hatte er für das erwünschte politische Klima des Deutschen Reiches eine unverzichtbare Funktion: Nachdem nämlich die Jubelfeier zur Reichsgründung vorüber war und nur noch der 4. September, der Jahrestag der Schlacht bei Sedan, als nationales Ereignis dienen konnte, hatte der Reichsbürger wenig, worauf er aus national empfindendem Herzen heraus so richtig stolz sein konnte. Statt freudigem Reichsbewußtsein herrschte in den klein- und mittelbürgerlichen Schichten eher Unsicherheit im Hinblick auf den sozialen Status, Angst vor dem Absinken ins proletarische Milieu. Dies machte sie in besonderem Maße anfällig für "große" Politik, die Prestige und Geltung verschaffte: für Weltpolitik also. Und Prestige ging vom Besitz ferner, exotischer Erdteile allemal aus - auch wenn man selbst wenig davon hatte und »das Reich« zu einem Zeitpunkt dort auftrat, als schon fast alles verteilt war. Trotzdem spielte die Reichsregierung im Kolonialkonzert mit. Bismarck erklärte die Gründe: weil »die Kolonialfrage aber schon aus Gründen der inneren Politik eine Lebensfrage für uns ist [...], der kleinste Zipfel von Neu-Guinea oder Westafrika, wenn derselbe objektiv auch ganz wertlos sein mag, gegenwärtig für unsere Politik wichtiger als das gesamte Ägypten und seine Zukunft« sein muß.

Hellsichtigen Geistern entging allerdings nicht, daß das, was die Regierung als den kolonialen Ertrag versprach - nämlich Reichtum und Wohlstand für alle, Abhilfe gegen angebliche Überbevölkerung und Schaffung von Arbeitsplätzen -, von den Kolonien nicht abgeworfen wurde.

Deutschlands außenpolitische Stellung in Europa:

Vom Friedensschluß 1871 zum »Drei-Kaiser-Abkommen« 1873

Spätestens seit dem Ende des »Deutsch-Französischen Krieges« im Mai 1871 war klar, daß Politik in Europa von nun an unter radikal ver-ändertem Vorzeichen stand. Die Frie-densbedingungen, Folge der Nie-derlage, bedeuteten das Ende der französischen Vorherr-schaft auf dem westlichen europäischen Kontinent. Mit Preußen-Deutschland war durch die drei siegreichen Schlachten von 1864, 1866 und 1870/71 ein neuer Machtfaktor entstan-den, von dem die außenpolitischen Be-obachter Europas mißtrauisch die Fortsetzung dieser kriegerischen Ri-sikopolitik erwarten mußten. Zunächst war nicht abzusehen, ob die Deut-schen mit dem Erreichten zufrieden waren oder ob sie weiteren Gebietserwerb planten, um aus der »halb-hegemonialen« (wie der Hi-storiker Georg Dehio es nennt) Stellung ihres Staates eine hegemo-niale zu machen. Bismarcks Äußerung nach 1871, Deutschland sei »saturiert«, seine Interessen seien befriedigt, nahm damals niemand wörtlich. Denn es gab genügend gegenteilige Äußerungen in der Presse, wonach entschlossen weitergekämpft und eine Art Endsieg si-chergestellt werden sollte.

Aber welche realistischen Möglichkeiten boten sich einem Staat, der an Fläche, Bevölke-rung, Wirtschaftskraft und Militärstärke Österreich und Frankreich bereits übertraf? Im Sinne des herkömmlichen »Kon-venienzprinzips« konnten Interessensphären abge-grenzt werden, um Konflikte mit konkurrierenden Mächten bei der ei-igenen Machtausdehnung auszuschalten. Zweitens konnte man dabei die Interessen der anderen Staaten gegenein-ander ausspielen oder Konflikte aus Europa hinaus an die Peripherie, also auf den Balkan oder in die Kolonialgebiete, verlagern. Drittens - und dies war der von hohen Militärs gegen Bismarck favorisierte Kurs - konnten mögliche Gegner durch schnelle Präventivschläge ausgeschaltet und drohende Koalitionen zerschlagen werden.

Ein intimer Kenner der Bismarckschen Außenpolitik, der Kölner Hi-storiker Andreas Hillgru-ber, fand heraus, daß Bismarck zwischen 1871 und 1875 prinzipiell alle drei Möglichkeiten offengelassen hat und anfangs sich nicht auf den erreichten politischen Status beschrän-ken wollte.

Wie war die außenpolitische Konstellation nach 1871? Welche Bünd-nisse waren möglich, ohne daß das geschlagene Frankreich gleich ein Gegenbündnis schloß? England und Rußland hatten trotz vorheriger Einigung immer noch genügend Interessengegensätze auf dem Bal-kan, um als Bündnispartner für Deutschland auszufallen: schloß Deutschland mit einer von beiden Mächten ein Abkommen, trieb dies die andere in die Arme Frankreichs. England und Osterreich-Ungarn hingegen hatten durch die gemeinsame Gegnerschaft zu Rußland auf dem Balkan so viel gemeinsam, daß ein Bündnis zwischen ihnen nicht völlig utopisch schien. Der außenpolitische Manövrierraum für Deutschland war also beschränkt, ein Ausgleich mit Frankreich durch die politisch äußerst ungeschickte Annexion Elsaß-Lothringens lang-fristig unmöglich, und von Frankreich war stets die militärische Rück-ge-winnung dieses Gebietes zu erwarten.

Um ein Bündnis mit England bemühte sich Bismarck niemals ernst-haft, denn er fürchtete das Eindringen liberaler Staats- und Gesell-schaftsanschauungen in die deutsche Innenpo-litik und dadurch eine ungesunde Beeinflussung des politischen Klimas. Diese Bedrohung schien damals besonders vom Sohn Kaiser Wilhelms I., Friedrich III. (* 1831, +1888), aus-zugehen, der mit einer englischen Prinzessin ver-heiratet war. Von ihm erwartete man stär-kere Parlamentarisierung und Demokratisierung. Da er erst 1888 als todkranker Mann auf den Thron kam, herrschte er nur ganze 99 Tage, die ausreichten, Bismarcks Be-fürchtung als unbegründet erscheinen zu lassen. Mit dem englischen Walfisch ein Bündnis zu schlie-ßen, wurde aus innenpolitischen Be-denken heraus nicht

versucht. Wie aber sah es mit dem russischen Bären aus?

Schon seit den polnischen Teilungen, mehr aber noch seit Rußlands stillschweigender Duldung der preußischen Annexionen 1866 und 1870 war die Freundschaft mit dem großen östlichen Nachbarn erprobt. Lehnte sich das Deutsche Reich aber zukünftig allzu ausschließlich an Rußland an, würde es in die englisch-russische Interessenkollision hineingezogen und damit eine gegnerische Allianz der Besiegten von 1866 und 1871, Österreich-Ungarn und Frankreich, heraufbeschwören. Bei einem Freundschaftsabkommen mit dem habsburgischen Vielvölkerstaat hingegen wäre ein Bündnis der Flügelmächte Rußland und Frankreich die sichere Folge gewesen.

Fast wie die Quadratur des Kreises muß Bismarcks außenpolitisches Ziel deshalb erscheinen: eine Verbindung nämlich mit Österreich-Ungarn *und* Rußland. Er brachte sie über eine ideologische Gemeinsamkeit zuwege, klug in seiner vorbereitenden Argumentation außenpolitische Interessen - die ja zwischen Rußland und Österreich gegenläufig waren - vermeidend und die Abwehr republikanischer und antimonarchischer Kräfte und Mächte als aktuelle politische Notwendigkeit in den Mittelpunkt stellend. Die Verhandlungen waren erfolgreich, die drei Kaiser von Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland besiegelten 1873 die monarchische »Solidarität«. Sie hatte sich bereits 1853 in der »Heiligen Allianz« bewährt. Das »Drei-Kaiser-Abkommen« von 1873 sollte Frankreich isolieren, Rußland und Österreich-Ungarn einander annähern, um Deutschland eine einseitige Entscheidung zu ersparen. Beide Zwecke erfüllte es mangelhaft, wie sich schon bald zeigte.

1875 - Neuer Krieg in Sicht?

Als 1875 die Schlagkraft der französischen Armee erhöht wurde, dachte man nicht an einen unmittelbar bevorstehenden Revanchekrieg. Bismarck dagegen ließ diesen im Deutschen Reich weitaus häufiger geübten Vorgang in einigen von ihm beeinflussten Zeitungen dahingehend darstellen, als drohe tatsächlich ein Angriff von Frankreich. Als einige seiner Mitarbeiter dann noch laut vor ausländischen Gesandten über einen deutschen Präventivkrieg zur Abwendung der Kriegsgefahr aus Frankreich nachdachten, gab es englischen und russischen Protest in Berlin. Hätte man in Rom nicht gerade erbitterte Kämpfe gegen den Kirchenstaat geführt und in Bismarcks Kulturkampf eine willkommene flankierende Maßnahme erblickt, hätte auch Italien in Berlin gegen deutsche Präventivkriegspläne protestiert. So aber war es der italienischen Regierung eher recht, daß der klerikal gesonnenen französischen Regierung die Zähne gezeigt wurden. Andreas Hillgruber sieht in der Bismarckschen Pressepolitik dieser Phase einen »Test der Koalitionen«. Dieser brachte ein klares Ergebnis, das die Außenpolitik bis zu Bismarcks Rücktritt 1890 bestimmen sollte:

Ein Bündnis zwischen England, Frankreich und Rußland entstünde sofort, wenn Deutschland nach >ganzer< Vorherrschaft in Europa strebte. Die Flügelmächte würden in diesem Fall militärisch den Status quo garantieren. Damit bliebe zur Machterweiterung nur noch Krieg. Bismarck agierte deshalb von nun ab entsprechend der Devise, die deutschen Interessen seien schon saturiert.

Ständiger Begleiter allen außenpolitischen Geschehens in Europa waren im 19. Jahrhundert die Vorgänge im Osmanisch-Türkischen Reich, dessen Fortbestand durch Autonomiebestrebungen vieler Volksgruppen und deren Streben nach eigenen Nationalstaaten höchst unsicher war. Zugleich hofften besonders Rußland, Österreich-Ungarn und England, den »kranken Mann« am Bosphorus nach dessen Ableben zu beerben. Deutschland hatte an den verwickelten Vorgängen in Bosnien, der Herzegowina, in Serbien und Bulgarien nur insoweit ein Interesse, als Rußland 1876 militärische

Aktionen gegen die Türkei plante und dabei einen Zusammenstoß mit Österreich für unvermeidbar hielt. Deshalb ließ die russische Regierung in Berlin diplomatisch anfragen, ob man dann mit deutschem Stillhalten rechnen könne.

Bismarck erklärte rundheraus, daß ihm vor allem an der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts und damit an der Unversehrtheit der österreich-ungarischen Doppelmonarchie gelegen sei. Rußland könne lediglich mit deutscher Neutralität bei einer Auseinandersetzung mit der Türkei rechnen - quasi als Gegenleistung für die russische Neutralität 1870/71.

1877 begann der »Türkisch-Russische Krieg«, der mit einer derartigen Niederlage der türkischen Armee endete, daß Rußland die Friedensbedingungen diktieren konnte: Der »Frieden von San Stefano« 1878 aber verletzte zugleich englische und österreichische Interessen erheblich. England schickte deshalb sofort eine Flotte ins Marmara-Meer, der österreichische Außenminister Andrássy verlangte nach einem europäischen Kongreß, auf dem die Friedensbedingungen unverzüglich rückgängig gemacht werden sollten.

Bismarck bot sich, da Deutschland auf dem Balkan keine Interessen verfolgte, als »ehrlicher Makler« an, um zwischen den Großmächten einen Ausgleich zu schaffen. Leitgedanken seiner geplanten Strategie legte er für die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt schriftlich im sogenannten »Kissinger Diktat« 1877 nieder (der Kanzler verbrachte in Bad Kissingen/Rhön einen Kuraufenthalt): Englische und russische Interessen sollten erfüllt und ausgeglichen, insgesamt der europäische Frieden gesichert werden - und zwar durch Rivalität zwischen den Mächten, die damit auf Deutschland angewiesen blieben bzw. gehindert würden, sich gegen Deutschland zusammenzuschließen. Des Kanzlers Ziel war nach klarer Analyse der Lage »eine politische Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unserer bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden«.

Die Vermittlungsbemühungen Bismarcks hatten auf dem »Berliner Kongreß« am 13. Juni 1878 großen Erfolg. Der große Krieg fand nicht statt, aber das »orientalische Geschwür war offen« gehalten: Zwar war das russisch-deutsche Verhältnis belastet, weil an den Bedingungen von San Stefano nicht festgehalten wurde, dafür aber war das Mißtrauen Englands und Frankreichs gegenüber Deutschland weitgehend gewichen.

Geschickt hatte man gleichzeitig vom konservativ regierten Berlin aus liberale Reformen in Rumänien unterstützt und nicht zuletzt damit eine Allianz Rußland-Frankreich unmöglich gemacht. Denn die französische Republik konnte sich keinen dort erreaktionär handelnden Bündnispartner leisten. Trotzdem: Ein Bündnis Österreich-Ungarn-England-Deutschland war nicht zu realisieren. Auf diesbezügliche Anfragen im englischen Außenministerium hatte man von dort nur die Zusage bekommen, daß England im Fall eines deutsch-russischen Krieges nur Italien und Frankreich »neutral halten wolle«. Darauf Bismarck in einer Randnotiz: »sonst nichts?« Er verfolgte diese Möglichkeit nicht weiter, zumal ab 1880 in England die Liberalen unter Außenminister William Gladstone wenig Neigung zeigten, mit konservativen Staaten zu paktieren.

Briefliche >Ohrfeige< aus Rußland und das geheime „Zweibund“ - Militärabkommen mit Österreich- Ungarn

Daß die russischen Gesandten nicht sehr befriedigt vom »Berliner Kongreß« im Sonderzug nach

Hause reisten, ist leicht vorstellbar. Wenn man die etwa gleichzeitige Kursänderung der deutschen Wirtschaftspolitik bedenkt, die mit ihren Schutzzöllen die Einfuhr russischen Getreides mit extrem hohen Steuern belegte und damit die russischen Landwirte in eine Absatzkrise stürzten, ist es kein Wunder, daß der Zar persönlich Wilhelm 1. brieflich eine Ohrfeige verpaßte, indem er sich vor allem über den Kanzler in scharfen Worten beklagte. Rußland war ernsthaft verstimmt, kündigte prompt das »Drei-Kaiser-Abkommen« und näherte sich besonders in wirtschaftlicher Hinsicht Frankreich. Die russischen Aktien fielen, und Frankreichs Banken nutzten die Chance, billig einzukaufen. Stellt man noch in Rechnung, daß Bismarck durch Verlautbarungen in „seiner“ Presse die antideutschen Kreise in Rußland vehement provozierte, stellt sich die Frage, wieso er diesen unter den bereits beschriebenen Grundlagen seiner Bündnispolitik eigentlich völlig sinnwidrigen Kurs überhaupt steuerte. Er verprellte damit ja wider alle Vernunft und Vorsicht einen lange Jahre treuen Partner.

Die innenpolitische Konstellation im Deutschen Reich mag Bismarck zu der heute zunächst schwerverständlichen Politik gezwungen haben:

Die ostelbischen Agrarier hatten über die russische Konkurrenz geklagt - also wurden 1885 die deutschen Agrarzollsätze verdreifacht und 1887 noch einmal um fast das Doppelte angehoben. Dieser deutsche »Agrarprotektionismus« entfachte in Rußland eine ökonomisch motivierte Germanophobie, fast schon einen Deutschenhaß, der wiederum den deutschen Verfechtern der Präventivschlagstrategie Zündstoff für ihr Drängen lieferte, Rußland in einem »Winterfeldzug« eine empfindliche Schlappe beizubringen und Deutschland doch noch die ganze hegemoniale Stellung in Europa zu verschaffen. Allenthalben wurde über diese mögliche Machtvergrößerung laut nachgedacht. Der Reichskanzler wollte diesen Aufforderungen keinesfalls nachgeben, weil er an den siegreichen Ausgang eines derartigen Krieges nicht glaubte. Durch einen Finanzkrieg hoffte er, die Spitze der Präventivkriegsforderung abzustumpfen. Daß die in der Bevölkerung entfachte Kriegspsychose dazu beitragen konnte, im gleichen Jahr im Reichstag eine Heeresvermehrung durchzudrücken, war innenpolitisch jedenfalls ein Erfolg.

Parallel zu diesen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Sektor wurde, diplomatischen Gepflogenheiten gemäß, weiterverhandelt. Ein Ergebnis des »Berliner Kongresses« war es ja gewesen, daß ein deutsch-österreichisches Bündnis möglich schien, weil der österreichische Außenminister einen angemessenen Preis zu zahlen bereit war: Artikel V des »Prager Friedens« von 1866 sollte gestrichen werden. Er hatte - im Sinne Österreichs - eine Volksabstimmung in Nord-Schleswig vorsehen, nach der dieses Gebiet dann eventuell von Preußen an Dänemark zurückzugeben war. Der deutsch-österreichische »Zweibund« konnte nach Regelung dieser Frage am 7. Oktober 1879 ratifiziert werden: ein geheimes Defensivbündnis, das Hilfe zusagte, wenn ein Partner von Rußland angegriffen werden sollte. Für Österreich war der Bündnisfall *auch* gegeben, wenn Frankreich mit russischer Unterstützung Deutschland angreifen würde. Damit hatte Bismarck nun doch eine Option für ein Land abgegeben - eine vertragliche Bindung, die allerdings begrenzt war, da sie lediglich ein Militärbündnis und noch dazu ein geheimes war. Der alte Kaiser zögerte lange, seine Unterschrift zu geben, da die Tendenz gegen den treuen russischen Bundesgenossen auf der Hand lag. Bismarck konnte ihn unter Hinweis auf den mächtiger werdenden russischen *Panslawismus*, die »slawische Revolution«, umstimmen.

Der Historiker Karl Erich Born betont, daß der Zweibund »nicht als Abschluß einer politischen Entwicklung«, sondern als »Grundlage eines weiter auszubauenden Vertragssystems« gedacht war. Entsprechend gingen die Verhandlungen im Stil geheimer Kabinettspolitik auch weiter - mit Rußland!

Verflechtungen und Widersprüche - Ein Netz von Bündnissen

So paradox es klingen mag: Der harte antirussische Wirtschaftskurs des Deutschen Reiches führte tatsächlich dazu, daß ein russischer Gesandter am 29. September 1879 im Auftrag des Zaren Rußlands Interesse an der Wiederbelebung des »Drei-Kaiser-Abkommens« signalisierte! Da am gleichen Tag die unbefriedigende Antwort des englischen Premierministers Disraeli auf das deutsche Bündnisangebot eingetroffen war, setzte Bismarck wieder voll auf das russische Pferd. Trotzdem mußten erst langwierige Verhandlungen geführt und russische und österreichische Interessen ausbalanciert werden, bis am 18. Juni 1881 der sogenannte »Drei-Kaiser-Vertrag« in Kraft treten konnte. Er verpflichtete Österreich-Ungarn, Rußland und Deutschland zu »wohlwollender Neutralität«, wenn eine von diesen Mächten mit einer vierten Krieg führen sollte. Damit war Deutschland und Österreich Rückenfreiheit garantiert für den Fall eines Krieges mit Italien oder Frankreich, Rußland war für einen Kriegsfall mit England gedeckt. Obwohl von Anfang an die russisch-österreichische Rivalität auf dem Balkan wertmindernd war, verlängerten die drei Mächte 1884 den Vertrag.

Dieses Bündnisnetz wurde in den Folgejahren ausgebaut: Als Frankreich Tunesien besetzte, suchte Italien - obwohl Österreich-Ungarn noch Gebiete mit italienischer Bevölkerung besaß - Anschluß an den »Zweibund«, der 1882 so zum »Dreibund« erweitert wird. Seinem Charakter nach rein defensiv, sollte er französische Angriffe auf Italien und Deutschland abwehren. Er wurde zwar 1887 verlängert, war aber bedeutungslos, da er Österreich nur vor italienischen Grenzrevisionen schützte und Italien Kompensationen im Fall österreich-ungarischer Erwerbungen auf dem Balkan zusicherte. Dies konnte aber nur geschehen, solange England, das mit Italien seit diesem Jahr in der »Mittelmeerentente« verbunden ist, stillschweigender Partner im Hintergrund blieb.

Welche außenpolitischen Alternativen boten sich in dieser politischen Phase dem Deutschen Reich: Es konnte entweder stärker mit dem »Dreibund« kooperieren und damit tendenziell *mit* England oder stärker mit dem »Drei-Kaiser-Vertrag« und damit tendenziell gegen England. Eine wenigstens teilweise antibritische Tendenz hatte Bismarcks Politik in dieser Zeit sowieso, da er französische Kolonialinteressen gegen England durchzusetzen half. Langfristig aber blieb dieses außenpolitische Taktieren zugunsten Frankreichs problematisch, denn in Frankreich sammelten sich zwischen 1886 und 1887 um den amtierenden Kriegsminister Boulanger Gruppen, die dem deutschen Sieger von Sedan wenig freundliche Gefühle entgegenbrachten und lieber heute als morgen Elsaß-Lothringen zurückerobert hätten. »Revanche« war die Devise der französischen Patriotenliga, die allerdings real weniger Einfluß hatte, als ihr konservative Kreise in Deutschland in taktischer Absicht nachsagten: Im Hochspielen der Kriegsgefahr hatte man eine Begründung, den Wehretat erneut höher zu setzen. Allerdings wollte die Reichstagsmehrheit Bismarcks diesbezüglichen Plänen nicht zustimmen. Auflösung des Reichstags und Neuwahlen unter massiver Beeinflussung der Wähler war die Antwort des Kanzlers. Die Wähler hielten es angesichts der hochgespielten Kriegsgefahr für sinnvoll, die konservativen Parteien zu favorisieren. Diese verbündeten sich mit der NLP zum »Kartell« und verabschiedeten zusammen mit einigen Zentrumsabgeordneten, die direkt von der römischen Kurie ermutigt wurden, das neue Heeresgesetz. Es sah - genauso wie die Reichstagsmehrheit - so aus, wie der Kanzler es gewünscht hatte.

»Rückversicherung«

» Verzweifelte, wenn auch geniale Aushilfin«

Bereits zwischen 1885 und 1887 tritt die Problematik von »Zweibund« und »Drei-Kaiser-Vertrag« zutage: Das Deutsche Reich bindet sich zu eng an den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Die Annäherung an England ist innenpolitisch und seit dem Beginn der deutschen Kolonialpolitik nicht mehr möglich. Seit dem Sturz des französischen Ministerpräsidenten Ferry 1885 geht außerdem die reibungslose deutsch-französische Kolonialpolitik ihrem Ende entgegen: unsichere Verhältnisse nach Westen, aber auch nach Osten.

1885/86 verzichten Rußland und Österreich anlässlich erneuter Balkanquerelen auf die Verlängerung des »Drei-Kaiser-Abkommens«. Rußlandfreundliche Bekundungen, sofort in die deutsche Presse lanciert, um die Situation zu entspannen, konnten nicht verhindern, daß Bismarcks viel zitiertes »Alpträum« real zu werden schien: eine russisch-französische Annäherung und damit ein Krieg, den Deutschland an zwei Fronten auszufechten hätte. Revanchekrieg im Westen, Krieg mit den russischen Panslawisten im Osten. Deshalb wird in Deutschland wieder einmal das Heer verstärkt, und Bismarck nimmt diplomatischen Kontakt zu Rußland auf, mit dem Ziel, diesem aus seiner isolierten Stellung im Orient herauszuhelfen und zugleich den frankophilen Russen ein vertragliches Hindernis in den Weg zu legen gegen eine Annäherung an Frankreich. Das gelingt Bismarck mit dem »Rückversicherungsvertrag« vom 18. Juni 1887. Der Vertrag verpflichtet Deutschland und Rußland zur Neutralität im Falle österreichischer Angriffe auf Rußland bzw. französischer auf Deutschland und ermuntert - in einem »ganz geheimen« Zusatzprotokoll - die russische Orientpolitik. Damit widerspricht er dem »Zwei- und Dreibund«, stellt aber kurzfristig die europäische Balance wieder her - eine, wie Karl Erich Born sagt, »verzweifelte, wenn auch geniale Aushilfe«, die nur kurzfristig die seit den Schutzzöllen von 1879, 1885 und 1887 belasteten Beziehungen zu Rußland verbessern kann und, wie Bismarcks Sohn Herbert kommentierte, im Fall einer russisch-französischen Allianz Deutschland die »Russen doch wohl sechs bis acht Wochen länger vom Halse« halten würde.

Dieser letzte Schachzug des Kanzlers und Reichsaußenministers stieß allenthalben auf Kritik: Friedrich von Holstein z. B., Mitarbeiter im Auswärtigen Amt, bald darauf an Bismarcks Sturz beteiligt und nach 1890 unheilvoller Ratgeber der Politiker des »Neuen Kurses«, hielt den »Rückversicherungsvertrag« für wertlos. Besser sei eine klare Option für Österreich-Ungarn *und* England mit eindeutig antirussischer Spitze, am besten mit englischer Unterstützung ein Winterfeldzug gegen Rußland, solange die russischen Sümpfe gefroren seien.

Holsteins Kalkül war allerdings falsch. Denn England behandelte schon das Angebot eines deutsch-englischen Verteidigungsbündnisses gegen eventuelle französische Angriffe abweisend, das Bismarck 1889 (quasi als allerletzte außenpolitische Aushilfe) ins Spiel brachte. Um wieviel weniger wäre es dann erst Deutschland gegen Rußland zu Hilfe geeilt?

Bilanz

Offene Fragen bleiben am Ende einer Ära fast genialer Außenpolitik, die am Anfang jedenfalls mehrere Wege gehen konnte. 1889 gibt es keine Wahl mehr, weil England, erste Welt- und Seemacht, für sich von einem Bündnis mit dem Deutschen Reich nichts erwartet. Damit bleibt dem Deutschen Reich nur das immer komplizierter werdende Zusammengehen mit Rußland *und* Österreich-Ungarn. Ob Bismarck, mit allen Wassern gewaschen, auf diplomatischer Ebene klug und wendig wie kein zweiter, diesen riskanten Kurs noch lange hätte durchhalten können, kann nur vage beantwortet werden. Sicher hätte er aber noch eine Weile verhindert, was seine Nachfolger in ihrer Naßforschung

Art sofort heraufbeschworen: das Bündnis Frankreich-Rußland (das die Deutschen im Ersten Weltkrieg zu einem Krieg an zwei Fronten zwang). Vermieden hätte er wahrscheinlich auch jene risiko-reiche Weltpolitik, die von der überheblichen Annahme geprägt wurde, man säße am längeren Hebel und brauche ein englisches Bündnisangebot lediglich abzuwarten, könne es sich sogar leisten, England durch Flottenbau und antibritische Verlautbarungen in der Öffentlichkeit zu provozieren.

Eindeutiger läßt sich die Innenpolitik der späten 1880er Jahre beurteilen: Im Reichstag war das katholische »Zentrum« zur stärksten Fraktion geworden und stimmte von Fall zu Fall mit den beiden konservativen Parteien für die Regierung. Fast regierungstreu war auch die NLP geworden, mittlerweile allerdings auf ein Drittel ihrer ehemaligen Stärke zusammenschmolzen und sich nur nach links scharf abgrenzend. Auf diesem Flügel hatte sich 1880 eine Gruppe um die Manchesteraliberalen Theodor Mommsen, Ludwig Bamberger und Wolfgang Kapp abgespalten, hatte die »Sezession« gegründet, die 1884 mit der linksliberalen »Fortschrittspartei« zur »Deutschfreisinnigen Partei« zusammenging. Hier saß nun in den Augen der Konservativen der Reichsfeind Nummer eins, der auf parlamentarischem Weg die Republik errichten wollte! Denn die von den Sozialdemokraten erwartete Revolution würde bei den Deutschen auf so wenig Gegenliebe stoßen, daß man zumindest sie nicht mehr fürchten mußte.

Am 9. März 1888 war Kaiser Wilhelm I. gestorben. Sein Sohn Friedrich III. regierte todkrank ganze 99 Tage. Ihm folgte sein Sohn Wilhelm II. (1888-1918) auf dem Thron, schneidig, selbstbewußt und wild entschlossen, dem Deutschen Reich einen »Platz an der Sonne« notfalls militärisch zu erkämpfen. Für ihn waren Prestige des Reichs und monarchisches Prinzip Kehrseiten ein und derselben Medaille. Im Reichstag und in den Parteien konnte er lediglich lästige Einzelinteressen und leidigen Fraktionsgeist sehen. Anders als sein Großvater wollte er allerdings mit dem Kanzler verfahren: »Sechs Monate will ich den Alten verschlafen lassen, dann regiere ich selbst.« Seine Untertanen hatten nichts dagegen, denn der »Alte« war wenig beliebt. Aber kampflos wollte er sich das Heft trotzdem nicht aus der Hand nehmen lassen.

Keine Trauer an Bord: Der Lotse geht

Bis zur Jahrhundertwende war ein Drittel der reichsdeutschen Bevölkerung in der Industrie tätig. Trotzdem verringerte sich der Anteil der Arbeiter am Volkseinkommen zwischen 1870 und 1890 um ganze 55 Prozent. Von der Seite der Besitzenden her gesehen bedeutete diese »Disparität in der Entwicklung der Einkommensverteilung«, wie der Wirtschaftshistoriker Wolfram Fischer vornehm formuliert: die Reichen wurden reicher, den Besitzlosen blieb immer weniger. Unzufriedenheit war an der Tagesordnung, Streiks mit großer Beteiligung nicht selten (z.B. im Mai 1889 im Ruhrgebiet ein großer Bergarbeiterstreik). Die »soziale Frage« brachte den schwellenden Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler zum Ausbruch. Beide hatten kein Interesse an einer realen Besserstellung der Arbeiter. Aber Wilhelm II. wollte sein sozialpolitisches Programm propagandistisch ausschlagen, auch wenn es lediglich graduelle Verbesserungen im Zusammenhang mit der Frauen- und Kinderarbeit vorsah. Es sollte auf pompösen Kundgebungen des jungen Kaisers Ruhm mehren - in den Augen des Kanzlers waren derartige Spektakel nur geeignet, die Sozialisten zu ermutigen.

Noch viel konfliktträchtiger war die 1890 fällige Verlängerung des »Sozialistengesetzes«. Der Reichstag lehnte es vor allem aufgrund des umstrittenen Ausweisungsparagraphen mehrheitlich ab - eine Schlappe par excellence für Bismarck, die er nicht mehr mit den sonst erfolgreichen Mitteln

ausweiten konnte: Die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen verhalfen diesmal nämlich der bisherigen Opposition zu einer deutlichen Mehrheit. Das »Zentrum« bekam 106, die »Freisinnige Volkspartei« 66 und die SPD 35 Sitze! (Obwohl die SPD mit 1,5 Millionen Wählern die meisten Anhänger hatte, erhielt sie durch ein ausgeklügeltes System nur wenige Parlamentsmandate). Damit hatten die Wähler ihre Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik dokumentiert, Bismarck fand keine parlamentarische Mehrheit mehr für seine Pläne.

Der Staat sollte seiner Auffassung nach so handeln, als sei er in Notwehr, ein scharfer Kampfkurs gegen alle, die den Staat anders regieren wollten als er, schien ihm nötig. Dazu gehörten die mehrfache Reichstagsauflösung, Neuwahlen unter massiver Propaganda, ein neues Wahlrecht, das die konservativen Parteien noch stärker begünstigte und - wenn all dies nicht helfen sollte - die Auflösung des gesamten Reiches, seine Neugründung auf der Grundlage absolutistischer Prinzipien. Wilhelm II. war zunächst mit diesen geplanten Kampfmaßnahmen einverstanden, wollte bald darauf aber den Anfang seiner Regierung nicht gleich mit innenpolitischen Konflikten belasten und piff den Kanzler zurück. Nachfolgende Reibereien über die Gestaltung der monarchischen »Prärogative« (lat., Vorrechte) und über die Informationspflichten des Kanzlers gegenüber dem Kaiser führten zum endgültigen Bruch. Bismarck reichte sein Entlassungsgesuch ein.

Damit verschwand ein Mann von der politischen Bühne, der von den europäischen Diplomaten als Garant einer gewissen »balance of power«, eines Kräftegleichgewichts geschätzt, von vielen Deutschen wegen seiner zutiefst demokratiefeindlichen Haltung aber wenig geliebt wurde. Seine blinde Verherrlichung von Kaiser, Preußentum und »Ruhe im Lande« hatte eine devote Untertanenmentalität gefördert, ein Klima entstehen lassen, in dem der frische Geist von Toleranz, Diskurs und freier Rede nur wenig gedeihen konnte.